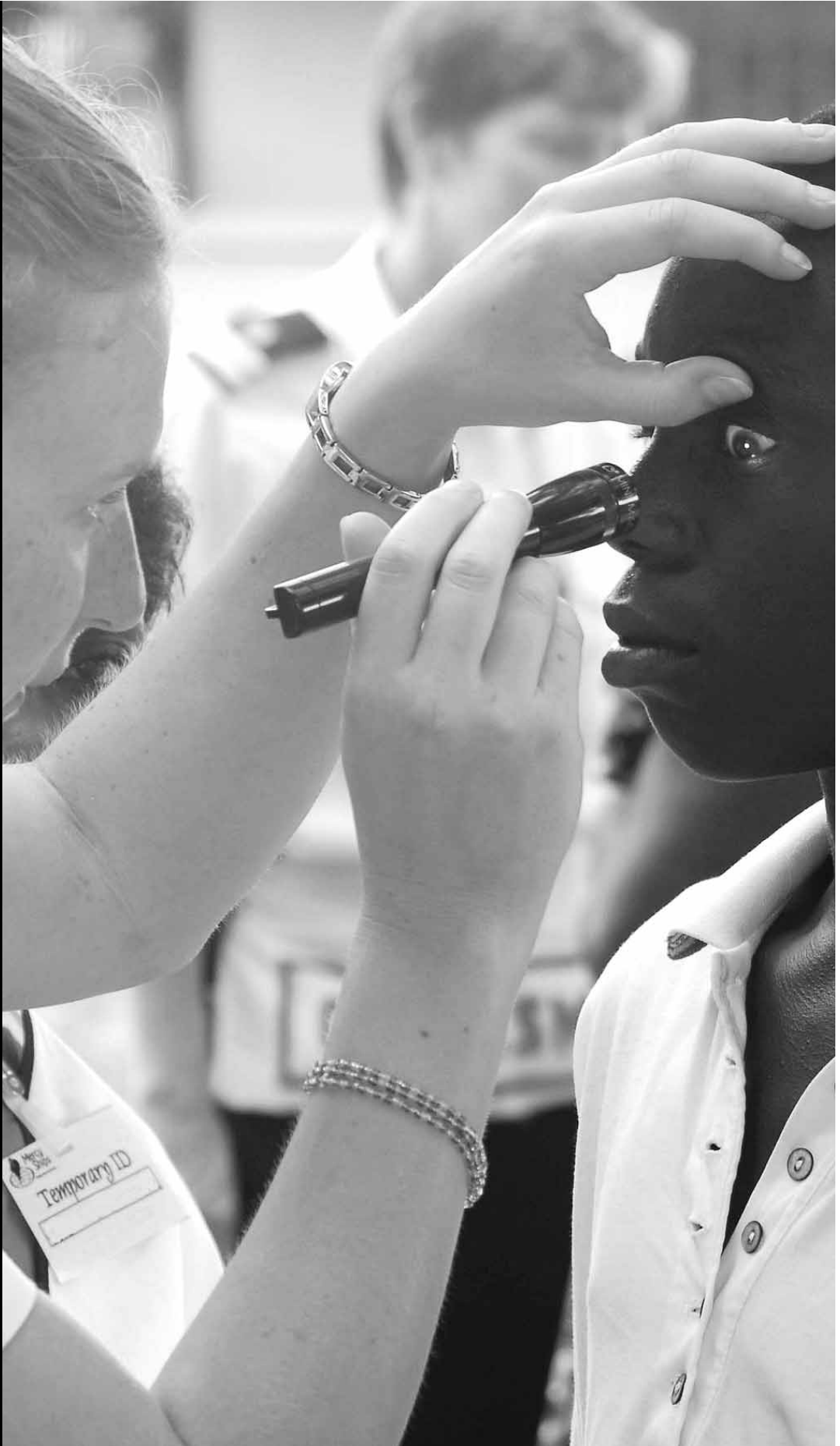


afrika-bulletin

Feb./März 2009
Fr. 4.-/Euro 3.-



Standortbestimmung Entwicklungszusammenarbeit





Unser Titelblatt

Bildung und Gesundheit sind zwei traditionelle Schwerpunkte der Entwicklungshilfe. Daran hat sich seit den ersten Bemühungen in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts nichts geändert. In beiden Bereichen haben afrikanische Staaten heute eigene Fachkräfte ausgebildet.

Doch diese ziehen vielfach die Arbeit in gutbezahlten Jobs in Schwellenländern oder Industriestaaten vor.
Im Bild: Gesundheitsarbeit in Ghana.

Wir können auf mehr als ein Vierteljahrhundert «Entwicklungshilfe» zurückblicken, ja nahezu 50 Jahre. In den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts begannen die ersten Einsätze der meist von viel Idealismus geprägten Pioniere. Die grosse Politik spielte damals zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion. Entwicklungshilfe war ein Mittel, um Verbündete in der Dritten Welt zu gewinnen oder zu halten.

Von den damaligen idealistischen wie auch geostrategisch motivierten Einsätzen ist nicht viel übrig geblieben: Weder führte diese Hilfe zu einer nachhaltigen Besserstellung der Empfängerländer, noch sind von der damaligen Zeit Entwicklungsprojekte im nennenswerten Rahmen heute noch existent. Vielleicht können einige wenige Infrastrukturprojekte als Zeitzeugen jener Epoche benannt werden, etwa der Assuan-Staudamm. Doch was haben die restlichen Milliarden bewirkt?

Die nachfolgenden Jahrzehnte standen unter wandelnden Entwicklungsansätzen. Aus der jüngeren Vergangenheit sind die Gender-Ansätze und die Good-Governance in Erinnerung und jetzt die Mikrofinance-Projekte. Doch die Frage bleibt: Kann überhaupt eine innere Entwicklung stattfinden, wenn die internationalen Handelsbedingungen und insbesondere die Austauschverhältnisse immer mehr zuungunsten der Dritten Welt laufen? Kommen wir nicht immer wieder auf das Problem «Fair Trade» zurück?

In der vorliegenden Ausgabe kommen mit Peter Niggli und Al Imfeld zwei ausgewiesene Kenner der Entwicklungszusammenarbeit zu Wort. Die offizielle Schweiz legt in einem Beitrag der DEZA die Entwicklung ihres Engagements am Beispiel der Grossen Seen dar.

Das vorliegende «Afrika-Bulletin» wird eingeleitet mit einem aktuellen Stimmungsbild aus Zimbabwe und abgerundet durch einen Beitrag zur nach wie vor prekären Stellung von Frauen in Südafrika.

Wir wünschen spannende Lektüre – und für Reaktionen aus der Leserschaft sind wir immer froh! ■

Hans-Ulrich Stauffer

Impressum

Ausgabe 133 | Februar / März 2009
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 34. Jahrgang.
Herausgeberin: Afrika-Komitee, Basel.

Redaktion: Hans-Ulrich Stauffer
Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat

Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61 692 51 88 | Fax (+41) 61 269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch
Postcheck-Konto Basel 40-17754-3
BRD-Konto: B. Felber, Basel, 329 50-754
Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75)

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
E-Mail-Adresse: info@afrikakomitee.ch

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gertrud Baud; Pius Frey, Comedia St. Gallen; Barbara Müller;
Rita Schäfer; Ruedi Suter; Mitarbeitende am Schwerpunkt: Peter Niggli (Alliance Sud);
Al Imfeld; Didier Douzich (DEZA).

Gestaltungskonzept: typOHa||er
Layout: 9•6 | Felicitas Wernli | Basel
Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 25.–/Euro 20.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 35.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 134: 31. März 2009.

Schwerpunkt: Börsencrash und Dritte Welt.
Mögliche Schwerpunkte weiterer Ausgaben: Sudan und Darfur. Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Adresswechsel bevorstehend?

Bitte melden Sie uns Ihren Umzug frühzeitig. Die Post teilt Adressänderungen nicht mehr mit. •

Zimbabwe: Wann kommt der Kollaps?

Dramatische Entwicklung

Die Verblendung der kleinen Machtgruppe um Mugabe ist grenzenlos. Grenzenlos die Gier, die Abgefemtheit, die Menschenverachtung. Mugabe als Machtverlierer, der die Macht nicht wie vereinbart teilen, ja schon gar nicht abgeben will. Die zentralen Stellen im Machtapparat sind von Günstlingen im Solde der wenigen Personen im Machtzentrum besetzt. Im Folgenden ein Stimmungsbericht von Rupert Neudeck, der sich für die Organisation «Grünhelme» in Bulawayo aufhielt.

Zimbabwe wirft uns alle zurück. Die Menschen und Staaten in Afrika. Aber auch uns, die wir in Europa immer darauf warten, dass es eine «new breed», eine neue Generation von afrikanischen verantwortlichen Führern gibt. Aber, wo man hinschaut, sieht man Machtgierige und habsüchtige Politiker, die nicht mal mehr die biologischen Gesetze einhalten: Der 41 Jahre als Präsident Gabuns regierende Omar Bongo, der an die 30 Präsidentschafts-Jahre heranreichende Eduardo dos Santos in Angola, Paul Biya in Kamerun, der Sohn von Eyadema in Togo, der das dynastische Prinzip schon wie selbstverständlich vollzog, so auch Robert Mugabe in Zimbabwe.

Mugabes Regime, dem man schwerlich noch den Ehrentitel Regierung zu erkennen möchte, verweigert sich der Erkenntnis der existentiellen Krise und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Landes. 4,6 von 10 Millionen ZimbabweInnen sind von internationaler Nahrungshilfe abhängig, die auch zögerlich ins Land gelassen wird. Dieses Regime besteht weiter darauf, dass gar nichts passiert ist.

Die Inflation tobt wie 1929 in Europa und der westlichen Welt. Wir gehen am vergangenen 17. Januar in verschiedene Supermärkte und Geschäfte in Bulawayo, der Hauptstadt von Matabeleland, um etwas einzukaufen. In einem neuen südafrikanischen Supermarkt der Handelskette TM wird gelacht, als wir bei halbbleeren Regalen fragen, ob wir etwas mit der lokalen Währung zahlen können. Mitleidig lächelnd werden wir abgewehrt, das gehe nun nicht mehr!

Was ist eine Quintillion Zim-Dollar? 1 000 000 000 000 000 000 (?)

Am Abend meldet der mittlerweile beliebteste Fernsehkanal Afrikas, der nicht mehr BBC, sondern «al Jazeera» heisst: Zimbabwe sei auf dem Wege der Inflation jetzt bei den Trillionen Zimbabwe Dollar angekommen.

Wir versuchen es noch einmal in einem Bottleshop, der schon seine Regale leer gemacht hat, da er ab morgen geschlossen haben wird. Die Bierflaschen bekommt man nur noch für Rand oder US-Dollar. Wir kaufen an der Strasse eine Zigarette für 15 Billionen Zim-Dollar. Den «Chronicle», die Zeitung von Matabeleland, kauft man für 20 Billionen Zim-Dollar. Als wir in einem noch gerade offenen Reisebüro fragen, was ein Flug nach Harare kostet, wird uns gesagt, dieser Flug koste den Gegenwert von 200 US-Dollar, nämlich 20 Quintillionen!

Das Regime des Robert Mugabe muss nur die Armee und den Geheimdienst weiter bezahlen, dann kann der Staat weiterlaufen. Deshalb versucht die Regierung, den Menschen das letzte Geld aus der Tasche zu ziehen. Von den 12 Millionen ZimbabweInnen sind mit Sicherheit zwei Millionen in den Nachbarländern Südafrika und Botswana. Alles, was man im Land mit Fremdwährungen einkaufen kann, stammt aus Botswana.

Den Pass bekommt man nicht mehr wie früher gratis vom Staat, wenn man ihn beantragt. Man muss 650 US-Dollar zahlen. Journalisten sollen jetzt relativ einfach eine Akkreditierung bekommen, wenn sie 30 000 (!) US-Dollar bezahlen. Die staatliche Gesundheitsversorgung ist total zusammengebrochen. Im Ingutcheni-Krankenhaus, dem einzigen Psychiatriespital des südlichen Afrikas, werden die Patienten überhaupt nicht mehr betreut. Die Angestellten und Ärzte kommen nicht zum Dienst; für das Gehalt können sie nicht mal mehr die Busfahrt bezahlen. Die Lehrer kommen nicht zur Schule; der Beginn der Schulen hat sich deshalb verzögert um – wie man sagt – zwei Wochen. Selbst wenn jemand jetzt noch 140 Billionen Zim-Dollar verdient, dürfen auf den wenigen Banken, die noch arbeiten, nur 10 Billionen abgehoben werden.

Das Land ist als Staat zusammengebrochen. Das Regime des Bob Mugabe spielt noch ein Kinostück eines Staates. Die Finanzsituation bedarf dringend einer Währungsreform. Dazu muss endlich die Vereinbarung umgesetzt werden, die zwischen der Zanu PF, der Monopolpartei von Robert Mugabe, und dem MDC, der siegreichen Oppositionspartei des Morgan Tsangviraj, geschlossen wurde. Aber man zögert.

Gesundheitswesen, Nahrungsmittel, Währungsreform

Diese Vereinbarung wäre die einzige Möglichkeit, die zwei, drei existenziellen Dinge zu regeln: Erstens das Gesundheitswesen zum Laufen zu bringen durch Organisationen, die sofort eine Genehmigung bekommen, im Land zu arbeiten. Zweitens die Nahrungssituation so zu regeln, dass jetzt auch noch Saatgut und Dünger ins Land kommen, damit die Landwirtschaft sich wieder erholt. Und drittens und wahrscheinlich am dringendsten: eine Währungsreform.

Der völlig unverantwortliche Mugabe hat es gesagt, und die Welt hat kurz aufgezuckt: «Zimbabwe is mine». Das Land gehört ihm, seiner Familie, seiner luxus- und kaufsüchtigen Frau Grace, die 40 Jahre jünger ist als er. Das Land ist sein persönlicher Besitz. Das Regime hängt an der Macht und an dem Geld. Es erklärt auch über den Generalsekretär der herrschenden Partei Zanu PF, Didymus Mutasa: «Es wäre besser für uns mit nur sechs Millionen Einwohnern, das wären dann die Menschen, die unsere Partei unterstützen!».

www.gruenhelme.de/671.php

Entwicklungsländer brauchen mehr wirtschaftliche Hilfe

Gespräch mit Peter Niggli

Entwicklung ist möglich. Doch die traditionelle Herangehensweise ist Flickwerk, wenn die grossen Rahmenbedingungen ausser acht gelassen werden. Das Gespräch mit Peter Niggli führte Hans-Ulrich Stauffer.

Nach fast fünfzig Jahren Entwicklungshilfe ist heute oft zu hören, alles habe nichts genutzt, die Länder und vor allem die Völker der Dritten Welt seien heute in einer schlechteren Lage als je zuvor, eine Entwicklung sei unmöglich. Entwicklungshilfe – oder heute «Entwicklungszusammenarbeit» – sei ein falscher Ansatz und bringe nichts...

Es geht nicht allen schlecht. Ost- und Südasiens – zusammen die Hälfte der Menschheit – erzielten grosse wirtschaftliche Fortschritte. Einige südamerikanische Länder industrialisierten sich bis in die achtziger Jahre ansehnlich, stagnierten danach allerdings bis zu Beginn dieses Jahrtausends. Schlechter geht es den meisten schwarzafrikanischen Ländern. Alle haben Entwicklungshilfe erhalten. Die erfolgreichen auch. Die Kritik ist aber nicht nur viel zu pauschal, sie vermischt auch Dinge miteinander, die nicht zusammengehören. Die Strategien, um aus der abhängigen Rolle von Rohstofflieferanten herauszukommen, in welche die Kolonialmächte die Entwicklungsländer gedrängt haben, müssen deren Regierungen selber konzipieren und umsetzen. Dazu besitzen ausländische «Helfer» weder die Kompetenz, noch die Berechtigung. Entwicklungshilfe ist eine völlig andere Sache. Sie unterstützt Entwicklungsprozesse nur subsidiär und muss daran gemessen werden, ob ihre Programme etwas zur Verbesserung des Loses der ärmsten Bevölkerungsschichten beitragen, die durch Entwicklungsprozesse oft unter die Räder geraten.

... oder es wird von einem verlorenen Vierteljahrhundert gesprochen. Mit heutigen Erkenntnissen hätte man erfolgversprechendere Ansätze wählen und Geld sparen können.

Die westlichen Geberländer benutzten die Schuldenkrise 1982, um die Entwicklungsländer mit der «strukturellen Anpassung» von ihren Industrialisierungsstrategien abzubringen und die Proliferation weiterer «Tiger» oder Konkurrenten à la Südkorea und Taiwan zu verhindern. Sie konnten dies nur bei den Ländern tun, welche in der Schuldenkrise massiv auf ausländische Kredite angewiesen waren. Die policy-packages von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und grossen westlichen Gebern und die damit verbundenen «Anpassungskredite» wurden als «Entwicklungshilfe» ausgegeben. In Tat und Wahrheit handelte es sich dabei um die Wahrung bornierter kurzfristiger Interessen der Industrieländer. Heute sehen wir, dass die erfolgreichen Länder der ehemaligen Dritten Welt «strukturell nicht angepasst» sind, während die andern ein «verlorenes Vierteljahrhundert» hinter sich haben. Ich sage hinter sich, weil Weltbank & Co. die strukturelle Anpassung nicht mehr pushen und sich viele Süd-Regierungen heute am Beispiel der erfolgreichen Länder zu orientieren versuchen. Die Lehre daraus: Die Geberländer sollen sich nicht in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Entwicklungsländer einmischen.

Ist es nicht eher so, dass Drittweltländer durch die Globalisierung zur Öffnung der Grenzen für Importprodukte gezwungen wurden, mit der Folge, dass ihre fragile eigene Industrie mit Dumpingpreisimporten nicht mehr mithalten konnte und einging? Diese Länder werden heute auf die landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft und die Lieferung von Rohstoffen und allenfalls Agrarprodukten reduziert.

Das ist mit anderen Worten ausgedrückt, was ich eben geschildert habe. Mit der «Politik der Globalisierung» nach 1989 versuchten die Industrieländer, die strukturelle Anpassung auf alle Länder auszudehnen und zu institutionalisieren. In ihrem Gefolge wurde in den neunziger Jahren die Liberalisierung der Finanzmärkte durchgesetzt und die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet. Die heutige Diskussion dreht sich nur noch um die Fehler dieser Politik und die nötigen Veränderungen. Die Entwicklungsländer verlangen mehr wirtschaftspolitischen Spielraum und weniger Einengung durch WTO, IWF und andere multilaterale Institutionen. Mit den abgewirtschafteten USA nach acht Jahren Bush und dem Zusammenbruch der neoliberalen Ära in der Finanzkrise haben sie gute Chancen, ihre Anliegen zumindest teilweise durchzusetzen.

Besteht heut eine Art Konsens über die sinnvollste Art eines Entwicklungsengagements? Oder lassen sich Tendenzen ausmachen?

Es gibt vier Stossrichtungen, über die rhetorisch Eignigkeit herrscht. Erstens zeigen alle Untersuchungen, dass sich Investitionen in soziale öffentliche Güter wie Gesundheit und Bildung wirklich auszahlen. Zweitens erzielte Entwicklungszusammenarbeit gute Erfolge, wo sie mit benachteiligten Bevölkerungsschichten zusammenarbeitete – SubsistenzbäuerInnen, ethnischen Minderheiten, verachteten Kasten usw. Drittens sollte gu-

Peter Niggli: Die Entwicklungsdiskussion



hus. Dass trotz Jahrzehnten der Entwicklungshilfe nicht grosse Fortschritte in der Entwicklung gemacht wurden, ist heute ein Allgemeinplatz. Doch weshalb? Welche konzeptionellen Fehler wurden gemacht? Und was ist anders zu machen? Darüber streiten sich berufene Kenner und nicht berufene Populisten. In einer gut recherchierten Publikation greift Peter Niggli in die Diskussion ein. Niggli, der Geschäftsführer der Alliance Sud ist, kann mit zahlreichen detaillierten Kenntnissen aufwarten. Seine Einschätzungen sind von einem Stadttypus der Solidarität geprägt, die es zur Pflicht macht, sich für die Besserstellung der ärmeren Länder einzusetzen. Keine Fundamentalkritik an der Entwicklungszusammenarbeit, aber ein Eingehen auf offenkundige Fehler und Misserfolge und ein Lernen daraus ist der Ansatz des Buches.

Peter Niggli: Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige! Zürich 2008 (Rotpunkt)

te Entwicklungszusammenarbeit in sozialen Auseinandersetzungen die Seite der Schwächeren zu stärken versuchen. Wobei sich hier staatliche und private Entwicklungsorganisationen unterscheiden. Letztere sind besonders geeignet, ausserhalb der Aufmerksamkeit der Hauptstadt und der grossen Entwicklungspläne zu operieren und die schwächere Seite zu unterstützen. Beim vierten Punkt dreht es sich um die Methode. Programme der Entwicklungszusammenarbeit haben dort Erfolg, wo die sogenannten Begünstigten das Sagen haben. Sie müssen das Bedürfnis äussern können, sie müssen das Programm konzipieren oder soweit wie möglich in die Konzipierung einbezogen werden und sie müssen sich schliesslich auch mit eigenen Ressourcen daran beteiligen.

Welche Mindestanforderungen sind heute an ein staatliches und privates Entwicklungsengagement zu stellen?

Die Gemeinde ist sich einig, das Entwicklungshilfegelder nicht zur Förderung der politischen, strategischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen des Geberlandes ausgegeben werden sollten. Das ist bei geopolitischen Zwergen wie der Schweiz einfacher durchzusetzen als etwa in den USA, Japan oder Frankreich. Diese Staaten verwenden ihr Entwicklungsbudget seit fünfzig Jahren systematisch zum grösseren Teil zur Förderung eigener Interessen. Mindestanforderung ist also, darauf zu verzichten oder es nicht als Entwicklungshilfe auszugeben. Die Privaten haben dieses Problem nicht. Von ihnen sollte jedoch verlangt werden, dass sie fragwürdige Praktiken ihrer Regierungen öffentlich kritisieren und sich nicht dafür instrumentalisieren lassen.

Eliten aus Drittweltländern leben oft in Saus und Braus, nicht selten landen auch Diktatorengelder auf europäischen Bankkonten. Ist vor einem solchen Hintergrund die Forderung nach einem Entwicklungsengagement nicht etwas blauäugig?

Drei Antworten: Erstens kann Entwicklungshilfe so geleistet werden, dass sie nicht in die Taschen der Reichen fliesst. Zweitens müssen die Industrieländer ihre Finanzindustrie, welche Kapitalflucht und Steuerhinterziehung systematisch begünstigt, an die Kandare nehmen. Drittens haben viele Regierungen unter dem Druck der Geber in den letzten Jahren ihren Steuerertrag vergrössert. Das ist dort übrigens nicht einfacher als in der Schweiz, wo es die Reichsten ja schaffen, die Abschaffung der Vermögenssteuern durch das Volk absegnen zu lassen.

Über welche Dimensionen an Entwicklungsgeldern reden wir einerseits...

Insgesamt erhielten die Entwicklungsländer seit 1960 rund 2500 Milliarden Dollar zu heutigen Werten. Pro Jahr also etwas mehr als 50 Milliarden. Ein Vergleich: In nur einem Jahr haben die westlichen Staaten 3000 Milliarden Dollar aufgewendet, um die Kernschmelze des Finanzsystems zu verhindern, vorderhand übrigens ohne nachhaltigen Erfolg. Kommt hinzu, dass ein grosser Prozentsatz der Hilfsgelder nicht zur Förderung der Entwicklung der armen Länder benutzt worden ist, sondern der Wahrung der eigenen Interessen diente.

... und welche Beträge fliessen andererseits vom Süden in den Norden zurück?

Netto flossen vom Süden bis zur Finanzkrise über 500 Milliarden Dollar jährlich in den Norden. Ein guter Teil davon finanzierte das amerikanische Doppeldefizit und trug somit zur Finanzierung der Kriege im Irak und in Afghanistan bei. Nach der asiatischen Finanzkrise 1997/98 hatten viele Entwicklungsländer riesige Dollarreserven aufgebaut, um sich gegen die Volatilität der deregulierten Finanzmärkte zu schützen und nicht mehr unter die Fuchtel des IWF zu geraten.

Wie könnte denn eine Entwicklung aussehen?

Entwicklung ist kein moralischer Prozess von «arm» zu «reich» oder von «rückständig» zu «modern». «Entwicklung» heisst zunächst nichts anderes, als sich in einem seit 500 Jahren ausbreitenden Kapitalismus aus der abhängigen peripheren Rolle gegenüber den alten Industrienächten befreien und selber industrialisieren zu können – möglichst so, dass die Klimaerwärmung nicht das Ende der Menschheit herbeiführt. Das ist das, was alle seit 50 Jahren versuchen. Natürlich könnte Entwicklung auch noch etwas anderes bedeuten: Brüderlichkeit, Gleichheit und Freiheit aller Menschen – und nicht nur einiger Auserwählter –, die alten Themen also, die seit der französischen Revolution von Zeit zu Zeit die politischen Auseinandersetzungen befruchten, nicht nur in Europa, sondern, wie Haiti schon früh zeigte, in der ganzen Welt. ■



Peter Niggli (*1950), Journalist und Autor, leitet seit zehn Jahren Alliance Sud. Davor scheiterte er an der Revolution in der Schweiz (sehr lange her), arbeitete als freier Journalist mit Schwerpunkt Horn von Afrika, versuchte mit den Grünen einen politischen Neuanlauf im Gemeinderat von Zürich und ist glücklich, sich seit zehn Jahren als Profi mit der Nord-Südkluft, der Weltwirtschaft und -politik sowie der Schweizer Rolle darin beschäftigen zu dürfen. Er publizierte 2008 «Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun – aber das Richtige!», Rotpunktverlag Zürich (siehe linke Seite).

Alliance Sud ist die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungshilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks und versucht, die Aussenpolitik der Schweiz im Interesse der Entwicklungsländer zu beeinflussen.

Afrika ist traumatisiert

Gespräch mit Al Imfeld

Al Imfeld ist auf mehreren Kontinenten zu Hause. 1967 entsandte ihn die Missionsgesellschaft Immensee nach Rhodesien (heute Zimbabwe), um dort am Aufbau der Presse mitzuhelfen. Er wurde aber bereits nach zwei Jahren des Landes verwiesen, weil seine Tätigkeit weder der weissen Minderheitsregierung noch seinem vorgesetzten Bischof zusagte. Er ging dann in die bereits unabhängigen Länder Malawi, Tanzania und Kenya, wo er mehr als einen Beleg für die Aussage Frantz Fanons fand, wonach «der Kolonisierte mit der Zeit wie der Kolonisator wird». Al Imfeld hat Ecken und Kanten. Seine Kritik an den herrschenden Verhältnissen ist fundamental und provoziert Diskussionen – gerade jene Diskussionen, die nötig sind. Mit Al Imfeld sprach Hans-Ulrich Stauffer.



Welche Assoziationen hast Du beim Wort «Entwicklungshilfe»?

Entwicklungshilfe – das sind bereits zwei Wörter. Das ist für mich sehr wichtig, denn beide Wörter sind kontradiktorisch. Hilfe hat etwas mit Nächstenliebe zu tun, nicht mit Entwicklung. Entwicklung seinerseits bedeutet, dass wir Strukturen schaffen wollen. Vor dem historischen Hintergrund soll nun eine Entkolonialisierung stattfinden. Der Begriff «Entwicklung» kam ja auf nach der Ablösung der Kolonien, also etwa um 1958. Damals dachte man, man müsse etwas in die Wege leiten. Man dachte an eine Art Marshall-Plan – und damit hat man schon wieder das europäische Modell übertragen, vor allem auf Afrika. Begonnen hatte es in Lateinamerika in der Kennedy-Ära in der Periode des Kalten Krieges. Mit einer Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten sollten diese vor einer Hinwendung zum Kommunismus bewahrt werden.

Alleine schon mit diesen wenigen Ausführungen zeigt sich, wie komplex der Begriff «Entwicklungshilfe» ist und wie verharmlosend wir heute mit diesem Begriff umgehen.

Und welche Gedanken fallen Dir beim Wort «Entwicklungszusammenarbeit» ein?

Es gab schon immer Leute, die eingesehen hatten, dass es alleine mit «Entwicklungshilfe» nicht geht, dass wir weiter gehen müssen. In die Auseinandersetzung kamen dann Ideen wie Dialog und Partnership auf. Schliesslich sprach man von Entwicklungszusammenarbeit. Doch wie kann man – im afrikanischen Kontext – mit jemandem zusammen arbeiten, den man hundert Jahre lang gedemütigt hat, dem gesagt wurde, er könne nichts, er habe keine Geschichte, ja nicht einmal eine Religion oder eine Landwirtschaft?

Man wollte also mit einem programmatischen Ansatz arbeiten, doch das ist nicht gelungen. Man kann nicht mit jemandem zusammenarbeiten, der Jahrhunderte lang gedemütigt wurde und der Traumata hat. Afrika ist traumatisiert; es hat verschiedene Traumata, beispielsweise einen Inferioritätskomplex: Afrikaner möchten gerne weiss sein, können es jedoch nicht sein. Afrikaner hassen sich und hassen auch den Europäer – in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Und jetzt reden wir von Zusammenarbeit oder Partnership. Doch so einfach kann keine Partnership entstehen. Auch die Kirchen haben das nicht zustande gebracht, alle Kirchen. Sie haben es nie begriffen, weil sie immer etwas im Hinterkopf hatten, so wie es Albert Schweizer sagte: Der Afrikaner ist noch nicht Mensch. Wenn jemand so behandelt wird, ist dies paternalistisch.

Doch kommen wir wieder zum Thema. Der afrikanische Mensch hasst Hilfe, will jedoch das Geld. Doch die Geldstruktur in Afrika ist jung, sehr jung. In Afrika wurde Geld – mit Ausnahme von Südafrika – erst vor rund hundert Jahren eingeführt, beispielsweise 1904 in Kenia. Geld wurde eingeführt, damit die Afrikaner Steuern bezahlen konnten. Damit sie Geld hatten, um diese Steuern zu bezahlen, mussten sie auf die europäischen Farmen arbeiten gehen.

Auch heute hat der Begriff «Geld» noch immer den Beigeschmack «Erpressung». Und auch heute leben noch rund 80 Prozent Afrikas in der informellen Wirtschaft – also ohne Geld. Das muss uns bewusst sein. Sagt die Statistik, jemand verdiene einen Franken, so heisst das nichts. Der stattfindende Austausch in der Tauschwirtschaft kann gar nicht gemessen werden.

In eine solche Gesellschaft kommt nun Geld, doch mit Geld hat Afrika nicht gelernt umzugehen. Geld hat vielmehr einen negativen Hintergrund: Der Europäer gibt Geld, also nehmen wir so viel, wie wir können.

Du giltst als jemand, der bereits vor einem guten Jahrzehnt die radikale Aussage gemacht hat, die beste Unterstützung einer (afrikanischen) Entwicklung sei, die Entwicklungshilfe zu beenden. Das hat zumindest in der Schweiz einiges an Fragen und Verwunderung ausgelöst. Was führte Dich zu dieser Einsicht?

Ich meine, dass gewisse Aspekte überbetont werden müssen, dass man sich eines Problems bewusst wird. Es braucht eine Polarisierung, eine Provokation. Doch ich bin überzeugt: Geld alleine nützt nichts. Wir müssen zu einer demütigen Haltung den afrikanischen Menschen gegenüber gelangen. Europa hat im Zusammenhang mit der Entkolonialisierung einen katastrophalen Fehler begangen, indem Afrika vermittelt wurde: Ihr gehört nicht mehr zu uns. Mit dem Schengen-Abkommen ist dies gerade noch einmal betont worden: Ihr gehört nicht zu Europa. Und dies, nachdem Europa die AfrikanerInnen in ihren Schulen lehrten, dass die Vorfahren Gallier waren. Das steht auch heute noch in den senegalesischen Schulbüchern. Was denken denn unsere Politiker? Man kann nicht irgendwie neu bei null anfangen, diese Geschichten wirken nach. Der afrikanische Mensch hat kaum eine Ahnung, was Europa ist. Er hat eine paradiesische Vorstellung, dass alles vom Himmel falle. Er hat EuropäerInnen nie arbeiten gesehen und ging davon aus, dass mit der Unabhängigkeit er in diese Rolle komme. Doch das klappte nicht. In dieser Situation stecken wir heute.

Welche Kritik würdest Du an afrikanischen Zuständen machen?

Der Afrikaner müsste in eine Art ethno- oder historio-therapeutische Entwicklung kommen. Der afrikanische Mensch ist noch immer ein Jammerer. Er müsste Selbststolz entwickeln und sagen: Das machen wir selbst! Das können wir auch! Der afrikanische Mensch müsste sich eingestehen, dass es nicht nur eine einseitige Schuld gibt, wenn wir schon von Schuld sprechen wollen. Vielleicht sollte ich selbst nicht so stark von Schuld sprechen, aber da bin ich theologisch vorbelastet. Wenn der Afrikaner etwas will, spricht er von unserer Schuld und erpresst uns damit. Er erpresst uns Gute, weil wir darauf eingehen und dann eben aus Schuldgefühl etwas geben.

Kommt der Zeitpunkt, in dem diese Schuld nicht mehr vorwerfbar ist?

Dieser Zeitpunkt ist schon da. Schuld haben alle Seiten. Wir können nicht Schuld gegenseitig einander aufrechnen. Die Sklaverei wird dem Westen vorgeworfen. Dass aber in Ostafrika eine Sklaverei durch die Araber stattfand mit bis zu 80 Millionen Sklaven, ist bis heute kein Thema. Diese Geschichte ist überhaupt nicht aufgearbeitet. Und schliesslich haben ja auch ganze afrikanische Völker vom Sklavenhandel profitiert. Sie spielten sich gegenseitig aus. Auch das ist nicht thematisiert.

Wo haben wir bei uns Handlungsbedarf?

Es braucht ein ganz anderes Schulsystem, in welchem solche Fragen thematisiert werden. Auch müsste die Berichterstattung ändern. Ich selbst leide am meisten an der Hilflosigkeit der Kirchen. Wir konnten das nicht auffangen, ja wir haben keine Theologie mehr.

Welches waren aus Deiner Sicht die grössten Fehlentwicklungen in der Entwicklungshilfe oder -zusammenarbeit?

Eine schwierige Frage. Lass mich mit der staatlichen oder bilateralen Entwicklungshilfe beginnen: Diese Hilfe können wir vergessen. Sie hat zu noch mehr Korruption geführt. Die afrikanischen Führer nach der Unabhängigkeit waren schwach. Im Kongo hatten wir keinen einzigen Akademiker. Die Führer kamen entweder aus dem Militär oder aus den Priesterseminaren. Am Besten hat dies der Kameruner Mongo Beti in seinem Buch «le pauvre christ Mbomba» geschildert: Die Schulen waren gnadenlos und haben nichts Brauchbares vermittelt.

Dann die Interventionen der Weltbank und des Währungsfonds. Deren Interventionen waren ganz amerikanisch geprägt und im Kalten Krieg verhaftet. Zuerst einmal hätten Strassen gebaut, eine Elektrifizierung und Industrialisierung initiiert werden müssen. Das hat schon der Kolonialismus nicht gewollt. Und heute ist nun einfach nichts da.

Die privaten Hilfswerke, die NGOs, haben viele gute Ansätze. Aber sie sind zu fragmentiert, zu pulverisiert. Um ein Beispiel zu geben: 1972 machte ich in Burkina Faso eine Untersuchung. Ganze 142 NGOs beschäftigten sich mit der Sahel-Hungersnot und jede kam mit einem Landwirtschaftsprojekt, doch keine kannte das Projekt der andern. Und alle zusammen

hatten mehr Geld als das Landwirtschaftsministerium, doch mit diesem wurde nicht zusammen gearbeitet. Was kann da herauskommen? Ich sehe viel guten Willen, doch die Leute haben nie gelernt, zusammen zu arbeiten und Kompromisse einzugehen – etwas, was wir Schweizer vielleicht eher können aufgrund unserer politischen Kultur. Wenn sich die Hilfswerke nicht neu definieren und untereinander auch koordinieren und beispielsweise Projektgemeinschaften bilden, haben sie keine Zukunft.

Das alleine ist jedoch noch kein Garant...

Es braucht einen Mentalitätswandel, eine historische Aufarbeitung. Ist man sich nicht bewusst, was alles durcheinander geraten ist, was der Afrikaner wünscht und träumt, und was auch nicht erreichbar ist, kann es nicht gut herauskommen. Der Afrikaner muss lernen mit Geld umzugehen. Und das kann nur im Kleinen beginnen, in ganz kleinen Kreditgesellschaften. Microfinance ist ein Ansatz.

Wir haben in der Zwischenzeit in Afrika eine neue Kaste oder Klasse geschaffen: Die Entwicklungskaste, Leute die für Entwicklungsorganisationen arbeiten. Es ist eine eigene, abgehobene Klasse entstanden. Eine eigene Machtschicht mit besserer Infrastruktur als der Staat. Sie haben Offroader, staatliche Institutionen haben sie nicht. Und gleichzeitig sagen diese Organisationen, sie könnten sich nicht mit Strassenbau, nicht mit Infrastrukturprojekten befassen.

Gibt es auch positive Zeichen?

Etwas Unglaubliches: Die Ankunft des Handy. Ich kenne den Sahel seit Jahrzehnten. Doch heute hat es dort mehr Handis als bei uns in ländlichen Gegenden im Hinterland. Es ist unvorstellbar. Damit überspringen Afrikaner viele Stufen, wir wissen noch nicht, ob dies positiv ist oder nicht. Dies ist ein riesiger Sprung – doch wir haben keinen Strassenbau, keine Elektrifizierung, die auch nötig wären. Aber: Das Handy wird voraussichtlich zu Entwicklungssprüngen in Afrika führen.

Das Zweite: Das Vordringen Chinas in Afrika. Wenn Europa Hilfe geleistet hat, dann stammte diese stets von den nationalen europäischen Produzenten. Und jetzt kommt China und baut Fabriken und Infrastruktur. Natürlich ist das auch eine Art von Neokolonialismus. Das ist jedoch zugleich positiv wie negativ. Doch China bricht etwas auf. Inert einem Jahr baut China in Nigeria 400 Kilometer neue Eisenbahnlinien.

Doch gehen wir noch etwas tiefer: Die Kultur – und zwar umfassend verstanden. Ich denke an das hervorragende Literaturschaffen in zahlreichen afrikanischen Ländern, an die Malerei, gerade beispielsweise in Südafrika. Solche Errungenschaften müssen den afrikanischen Menschen näher gebracht werden.

Was wiederum auf die Stärkung des Selbstbewusstseins zielt?

Afrikaner müssen lernen zu sehen: Wir können ja etwas, wir sind ja jemand. ■

Ein integrierter Ansatz für fragile Kontexte

Das Schweizer Programm in der Region der Grossen Seen

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ist im subsaharischen Afrika stark präsent: Sieben von zwölf Schwerpunktländern und zwei regionale Sonderprogramme der DEZA liegen in dieser Region. Die thematischen Aktionsfelder und Instrumente der Zusammenarbeit sind den Herausforderungen und Bedingungen des Partnerlandes angepasst und recht unterschiedlich. Gemeinsam ist das Streben nach einer stärkeren Integration der verschiedenen Instrumente der Schweizer Aussenpolitik zu einem «Whole of Government»-Ansatz. Der folgende Bericht illustriert diese Entwicklung am Beispiel der Region der Grossen Seen. Von Didier Douziech.

Zwei wichtige Entwicklungen prägen die Aktivitäten der Schweiz in der Region der Grossen Seen¹: Zum einen zeichnete sich ein Trend von einem herkömmlichen Länderansatz hin zu einem regionalen Ansatz ab, der Ruanda, Burundi und die Demokratische Republik Kongo/DRK einschliesst und Lehren aus der Geschichte dieser Region einbezieht. Die Gewalt und die Instabilität, die sich Anfang der neunziger Jahre in der Region der Grossen Seen ausbreiteten – und auch heute noch in der DRK herrschen –, waren auf interne Konflikte in den mehr oder weniger fragilen² Staaten dieser Region zurückzuführen. Sie schwappten auf die Nachbarstaaten über oder wurden von ihnen unterstützt, weil sehr enge kulturelle, ethnische und wirtschaftliche Beziehungen bestanden. Die ursprünglich innerstaatlichen Konflikte verwebten sich zu einem regionalen Konfliktmuster, das auf Länderebene kaum zu lösen ist. Für die nachhaltige Bewältigung dieser Konflikte ist ein regionaler Ansatz nötig. Hinzu kommt, dass eine Friedenskonsolidierung in dieser Weltregion nur dauerhaft sein kann, wenn regionale Entwicklungsräume geschaffen werden, die allen Akteuren der Region zugänglich sind.

Die zweite Entwicklung betrifft die verstärkte Koordination der ausserpolitischen Instrumente der Schweiz. Die anfänglich getrennt durchgeführten Programme der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung wurden schrittweise aufeinander abgestimmt. Dieser neue koordinierte Ansatz widerspiegelt sich in der Strategie 2009 bis 2013 für die Region der Grossen Seen, die vom Departement für auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet wurde.



Engagement im Wandel

Die Schweiz ist seit sechzig Jahren in der Region der Grossen Seen aktiv; anfänglich konzentrierte sie sich auf die technische Zusammenarbeit, danach kamen auch die humanitäre Hilfe und die Friedenspolitik hinzu. Es können drei Phasen unterschieden werden: Nach

der Unabhängigkeit Ruandas 1963 engagierte sich die Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Ruanda wurde zu einem Schwerpunktland der schweizerischen Zusammenarbeit, die von 1994 bis 1998 aufgrund des Völkermords temporär eingestellt wurde.

Anfangs der neunziger Jahre trat neben die technische Zusammenarbeit auch ein humanitäres Engagement. Die Schweiz leistete Nothilfe für Kriegsoffer in Ruanda (1990–1994), Burundi (1993–2000), der Demokratischen Republik Kongo (1996–2001) sowie in Uganda und beteiligte sich am Wiederaufbau. Die Schweizer Diplomatie begleitete und unterstützte ihrerseits seit 1998 die Friedensprozesse in Burundi und in der DRK, die 2000 zum Abkommen von Arusha, respektive 2002 zum Abkommen von Pretoria führten. Danach setzte sie ihre Aktivitäten in diesen zwei Ländern im Bereich der Konfliktprävention und -bewältigung fort.

Sich wandelnde Schweizer Rolle

Die Fortschritte bei den politischen Transitionsprozessen in Ruanda (2003), Burundi (2005) und in der DRK (2006–2007) veränderten auch die Rolle der Schweiz. Anstelle der rückläufigen humanitären Hilfe trat ein verstärktes Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedenskonsolidierung. Auf dem Hintergrund zunehmender Stabilität und verbesserter Entwicklungsperspektiven entwarf das Aussendepartement ab 2007 eine Regionalstrategie für die Grossen Seen, welche die verschiedenen Elemente des Schweizer Engagements besser aufeinander abstimmt. Dieser «Whole of Government»-Ansatz wurde durch die Politische Abteilung II (zuständig für Afrika und Naher Osten), die Politische Abteilung IV (Friedensförderung) und die DEZA (Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe) gemeinsam erarbeitet und ersetzt die auf unterschiedliche Mandate gestützten thematischen und geographischen Programme.

Schweizer Strategie

Das Hauptziel der Schweizer Strategie 2009 bis 2013 für die Grossen Seen ist die Förderung von Frieden und Sicherheit sowie die sozio-ökonomische Entwicklung mit zwei prioritären Aktionsfeldern:

- Friedenskonsolidierung: Sie umfasst die Unterstützung der vertriebenen Personen sowie Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe; die Stärkung der Akteure und Instrumente des Rechtsstaates; die Förderung/Erleichterung des Politikdialogs mit und unter den Akteuren sowie die Eindämmung der Proliferation von Klein- und Leichtwaffen.
- Basisgesundheitsversorgung: Dazu gehören Beiträge zur Wiederherstellung und zum Aufbau der Basis-

gesundheitsversorgung; Gesundheitsförderung sowie die Unterstützung der Opfer von Konflikten und Krisen.

Parallel zu den nationalen Programmen werden im Rahmen dieser Themenfelder auch regionale Initiativen unterstützt. Das jährliche Budget beträgt rund 30 Millionen Franken. Zuständig für die Umsetzung der schweizerischen Aktivitäten vor Ort sind die Botschaften in Nairobi und Kinshasa, das Kooperationsbüro in Kigali (Regionalbüro) sowie die Programmbüros von Bujumbura und Bukavu (Öffnung 2009). In einer gemeinsamen jährlichen Berichterstattung wird über die erreichten Ziele informiert.

Mit Recht dürfen wir nun von einer Schweizer Strategie für die Grossen Seen sprechen. Zusammenfassend ergeben sich daraus zwei gewichtige Vorteile: Einerseits schärft ein integriertes Regionalprogramm den Blick für die wechselseitige Abhängigkeit der Entwick-

lungen in den verschiedenen Ländern der Region und fördert die regionale Zusammenarbeit. Andererseits kann die Schweiz durch die bessere Bündelung und Abstimmung der verschiedenen Instrumente ihrer Aussenpolitik vor Ort mehr Wirkung erzielen. ■

¹ Die Region umfasst folgende Seen: Albert-, Edward-, Kiwu-, Tanganjika- und Viktoriassee.

² Staaten, die mehr oder weniger grosse Defizite aufweisen bei der Wahrnehmung ihrer fundamentalen Aufgaben in folgenden Bereichen: interne und externe Souveränität (Sicherheit), demokratische Legitimität (Demokratie, Rechtsstaat) und öffentliche Dienste (Wohlstand, Reichtumsverteilung, Gerechtigkeit).

Der Verfasser des Artikels, Didier Douziech, war von 2004 bis 2007 stellvertretender Koordinator des Kooperationsbüros Grosse Seen mit Hauptsitz in Kigali. Heute arbeitet er in der DEZA als Programmbeauftragter Grosse Seen in der Abteilung Östliches und Südliches Afrika, in Bern.

Keine Rückgabe von Potentatengeldern Schweiz plant Gesetz

In der Schweiz wurden Fluchtgelder des philippinischen Diktators Marcos blockiert. Auch Duvalier aus Haiti, Abacha aus Nigeria und aktuell Mobutu aus Zaire haben Gelder in die Schweiz verschoben. Ohne Gerichtsverfahren müssen solche Gelder jedoch freigegeben werden. Wie kann die Freigabe an die Potentaten verhindert werden?

Schweiz erarbeitet Gesetzesentwurf

Mit Beschluss vom 5. Dezember 2008 hat der Bundesrat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) beauftragt, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, der es ermöglicht, unrechtmässig erworbene Vermögenswerte politisch exponierter Personen zu beschlagnahmen und sie der Bevölkerung des Herkunftsstaats zurückzuerstatten. Das Gesetz in Erfüllung des Postulats Gutzwiller über die juristische Kooperation mit den «failing states» sieht zudem Massnahmen zur Überwachung der Rückerstattung vor.

Jüngstes Beispiel ist das Problem der Rückerstattung der Mobutu-Gelder. Gelder des zairischen Diktators wurden in der Schweiz blockiert. Doch die Kabila-Regierung hat keine Bemühungen unternommen, die Gelder zum Wohle der gewählten Regierung und der Bevölkerung zurück zu erhalten. Europäische Rechtskonzepte, wonach gegen Beschlagnahmungen Rechtsmittel ergriffen werden können und Beschlagnahmungen auch einer zeitlichen Limitierung unterliegen, scheinen vielfach Regierungen von Drittweltländern unverständlich – oder sie sind an der Rückerstattung nicht interessiert. Immerhin ist der Kabila-Regierung im Kongo so-

gar offeriert worden, einen schweizerischen Anwalt zur Interessenvertretung im Hinblick an eine Rückführung der Mobutu-Gelder einzusetzen – doch auch dies hatte keine Reaktion seitens der kongolesischen Machthaber zur Folge. Nun droht, dass die Mobutu-Gelder letztlich doch noch dem Mobutu-Clan herausgegeben werden müssen.

Gesetz notwendig

Eine Lösung soll nun in der Schaffung einer besonderen gesetzlichen Grundlage gefunden werden. Das vom Bundesrat in Auftrag gegebene Gesetz, das auf ein Postulat des Freisinnigen Gutzwiller zurück geht, soll zur Anwendung kommen, wenn das Rechtshilfeverfahren zwischen der Schweiz und dem Herkunftsstaat der Vermögenswerte nicht zum Erfolg führt. Zudem soll unter gewissen, genau definierten Bedingungen eine Umkehr der Beweislast möglich sein. In diesem Fall ist es an den Inhabern der blockierten Vermögenswerten nachzuweisen, dass diese rechtmässig erworben wurden. Wird der Nachweis nicht erbracht, so werden die strittigen Vermögenswerte aufgrund eines rechtskräftigen Urteils beschlagnahmt und dem Herkunftsstaat zurückerstattet. Das Gesetz wird auch Massnahmen zur Überwachung der Rückerstattung vorsehen, um einen transparenten Prozess zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Guthaben der Bevölkerung des Herkunftsstaats zugute kommt.

Mit über 1,6 Milliarden US-Dollar hat die Schweiz in den letzten zwanzig Jahren mehr Potentatengelder an die Herkunftsländer zurückerstattet, als jedes andere Land der Welt. Trotz dieses positiven Resultats möchte der Bundesrat das bestehende rechtliche Dispositiv ergänzen. ■

Afrika

Handynutzer auf dem Vormarsch

Die Zahl der Nutzer von Mobiltelefonen steigt weltweit rasant an. An der Spitze dieses Trends steht Afrika mit der höchsten Wachstumsrate. Obwohl der Kontinent als der ärmste der Welt gilt, hat auch hier bereits jeder Dritte die Möglichkeit, mobil zu telefonieren. Trotz seiner beachtlichen Aufholjagd kann der Kontinent jedoch noch nicht mit Brasilien, Russland, Indien und China mithalten, zeigen Berechnungen der Internationalen Telekommunikations-Union (UIT). In diesen aufstrebenden Volkswirtschaften stieg die Zahl der Handyverträge bis Ende 2008 auf 1,3 Milliarden an. In Afrika telefonieren trotz des hohen Zuwachses bisher nur rund ein Viertel Milliarde Menschen mobil. Weltweit werden bis Ende 2008 fast zwei Drittel der Weltbevölkerung Zugang zu Handys haben und es wird vier Milliarden Handy-Verträge geben.

Bereits seit dem Jahr 2000 gibt es am Handymarkt einen starken Wachstumstrend. Weltweit steigt die Zahl der Handynutzer seitdem jährlich um rund 25 Prozent an. «Die Tatsache, dass inzwischen vier Milliarden Handynutzer registriert sind, zeigt, dass es technisch machbar ist, der ganzen Welt Zugang zu den Leistungen der Informations- und Telekommunikationstechnik zu verschaffen», zeigt sich Hamadou Touré, Generalsekretär der UIT, zuversichtlich. Bei den Zählungen wird allerdings ausser Acht gelassen, dass vor allem in Industrieländern oft ein und dieselbe Person mehrere Handyverträge abschliesst. In ärmeren Ländern wiederum teilen sich oft mehrere Menschen ein und dasselbe Mobiltelefon.

Die Verbreitung von mobiler Telekommunikation in armen, strukturschwachen Regionen sehen die Vereinten Nationen als einen wichtigen Schritt zur Beseitigung der Armut. Wer Zugang zu Kommunikationsmedien hat, dem eröffnen sich auch neue wirtschaftliche Chancen. In Afrika ist das grösste Hindernis bei der Verbreitung solcher Technologien die mangelnde Versorgung mit Elektrizität. Ausserdem können es sich viele Afrikaner auch noch nicht leisten, mobil zu telefonieren. Wichtig für die Zukunft von ärmeren Ländern ist auch ein möglichst flächendeckender Zugang zum Internet, der durch mobiles Breitbandinternet möglich wäre. ■

Freihandelszone geplant

Zahlreiche afrikanische Regierungen und Institutionen erkennen immer mehr, dass das bisherige nationalstaatliche Wirtschaften in einer Zeit der Globalisierung und der Ausweitung des Welthandels an Grenzen stösst. «Der grösste Feind Afrikas, die grösste Ursache seiner Schwäche sind die Uneinigkeit und der geringe Grad an politischer und wirtschaftlicher Integration» lautet etwa die Einschätzung des ugandischen Präsidenten Museveni. Drei regionale Wirtschaftsgemeinschaften im östlichen Afrika haben deshalb vereinbart, für ihre insgesamt 26 Mitgliedländer eine Freihandelszone zu schaffen. Damit würde eine Freihandelszone von Ägypten bis Südafrika entstehen, jedoch ohne die westafrikanischen Staaten. ■

Nigeria

Ogonis erneut übergangen

Die Regierung Nigerias hat angekündigt, die Konzession von Shell zur Förderung von Erdöl im Nigerdelta zu beenden. Shell fördert Öl im Land der Ogoni. Während mehr als einem Jahrzehnt bestand ein offener Konflikt zwischen Shell und den Ogonis, die sich der Ausbeutung ihrer Bodenschätze und der grenzenlosen Umweltzerstörung widersetzen. Die nigerianische Zentralregierung stand auf Seiten des Erdölmultis Shell, der Widerstand der Ogonis wurde gewaltsam unterdrückt. Der charismatische Ogoni-Führer Ken Saro-Wiwa wurde dabei getötet. Mit dem Entzug der Förderlizenz von Shell schien sich eine Möglichkeit zur Beendigung des Konflikts zu öffnen. Doch weit gefehlt: Die Lizenz wurde der staatlichen nigerianischen Erdölförderfirma Nigerian Petroleum Development Company (NPDC) übertragen, die selbst tief im nigerianischen Korruptionssumpf steckt. Zudem fand die ganze Übertragung ohne Einbezug der Ogonis statt. Der Konflikt wird so weiter gehen. ■

Westafrika

Drogendrehscheibe

Mehrere westafrikanische Staaten sind von der Drogenmafia unterwandert. Im mausarmen, krisengeschüttelten Guinea-Bissau scheint mittlerweile der Drogenhandel resp. der Drogentransfer zu einer Haupteinnahmequelle geworden zu sein. Es wird berichtet, dass Teile der obersten Staatsführung wie auch des Polizeiapparates direkt in den Drogenhandel involviert sind und von diesem profitieren. Die wichtigsten Drogenrouten laufen über Nigeria, Sierra Leone oder Ghana nach Grossbritannien, über Guinea, Senegal oder Mali nach Spanien oder über Senegal oder Mali nach Frankreich. Jährlich werden schätzungsweise 50 Tonnen Kokain nach Europa geschleust. Mengemässig wird das Meiste über Guinea-Bissau und Ghana gewickelt. ■

Mozambique

Korruption

Wirtschaftlich und politisch ist das ostafrikanische Mozambique ein Vorzeigebispiel. Das Land hat sich nach dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg stabilisiert und verzeichnet wirtschaftlich hohe Wachstumsraten. Doch mit dem wirtschaftlichen Aufschwung hat auch die Korruption zugenommen. Zwar bestehen umfassende Anti-Korruptionsprogramme, doch kommt es immer wieder zu neuen Korruptionsskandalen. In der Führungsetage des nationalen Sozialversicherungsinstitutes versickern Millionen. Im Innenministerium versickerten ebenso Millionen, der frühere Innenminister wurde in der Folge verhaftet. Mehrere Geberländer haben aufgrund der Korruptionsanfälligkeit Mozambiques Entwicklungskredite gekürzt, so etwa Schweden um rund zehn Prozent. ■

Sahara

Rückkehr in Randzone

Die Lösung des Westsahara-Konflikts ist in weite Ferne gerückt. Auf dem internationalen Parkett hat Marokko seine völkerrechtswidrige Besetzung der ehemaligen spanischen Kolonie durch eine aktive Aussenpolitik vergessen gemacht. Marokko als politischer und wirtschaftlicher Partner ist vielen Grossmächten lieber als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Saharouis. Nun soll Marokko auch noch eine Vorzugsstellung in der Partnerschaft mit der EU eingeräumt werden. Immerhin scheint sich die Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten etwas verbessert zu haben.

In der saharouischen Gesellschaft zeichnet sich jedoch eine neue Dynamik ab. Vor allem von der jüngeren Generation ist der Wunsch formuliert worden, aus den Flüchtlingslagern in der algerischen Wüste in die nicht von Marokko besetzten Gebiete in der Westsahara zurückzukehren und so auf eigenem Land Siedlungen aufzubauen. Bereits vor einem Jahr wurde von der Frente Polisario beschlossen, ein Ministerium für die befreiten Gebiete einzurichten. In der Siedlung Tifariti, die im nicht besetzten Gebiet liegt, sind erste Verwaltungsbauten errichtet wie etwa eine Schule. Auch andere Siedlungen wachsen, so etwa Bir Lehlou und Aghouanit. Immer mehr Menschen ziehen in diese Siedlungen. Die Verwaltung ist neu von einer Militärverwaltung auf eine Zivilverwaltung übertragen worden. ■

Krise im Inselparadies. Das Land hat auf Luxus-tourismus aufgebaut, doch die Profite bleiben meist in den reichen Ländern.
(Foto: Gertrud Baud)

Zimbabwe

Die Macht der Waffen

Laut Berichten der UNO werden Waffen für das zimbabwische Terrorregime über die DR Kongo geliefert. Auch soll die kongolesische Armee Waffen direkt an Zimbabwe liefern. Waffenlieferungen, die vor allem aus der VR China kommen, werden gemäss dem UNO-Report über die DR Kongo nach Zimbabwe gebracht. Im Letzten Jahr weigerten sich bekanntlich südafrikanischen Dockarbeiter und die angolanische Re-

gierung, ein chinesisches Schiff mit Waffen für Zimbabwe zu löschen. Vermutungsweise wurde es schliesslich im Kongo entladen und die Waffen und Munition auf dem Land- und/oder Luftweg nach Zimbabwe gebracht. So ist erstellt, das im August letzten Jahres AK-47 Gewehre und Munition nach Zimbabwe gebracht wurden – Waffen, die bei der Niederschlagung von Revolten im Hungerhaus des südlichen Afrikas gebraucht werden. ■

Seychellen

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Die im Indischen Ozean gelegene Inselrepublik ist eine Top-Adresse für den gehobenen Tourismus. Der Lebensstandard der nur 80000 Menschen zählenden Bevölkerung ist hoch – aber weitestgehend vom Tourismus abhängig. Nach Jahren stabiler Verhältnisse ist die Wirtschaft des Landes nun kürzlich ins Trudeln geraten: Die Regierung konnte im August des letzten Jahres den Inhabern einer bis 2011 laufenden Anleihe über 54,8 Mio. Euro den Zins nicht rechtzeitig überweisen. Die Nichtzahlung wurde mit Irregularitäten im Genehmigungsprozess für die Euro-Anleihe und Unklarheiten in der Dokumentation begründet. Dies veranlasste

die Rating-Agentur Stanleg & Poor's, das Rating für die ebenfalls 2011 fällige Anleihe im Volumen von 230 Millionen Dollar von dem ursprünglich mittleren spekulativen Rating von «B» auf «CCC» zu senken – was ein sehr schlechtes Rating bedeutet. In der Folge stürzte der Kurs der Anleihe von ursprünglich 96,5 Prozent bis auf 52 Prozent ab. Und damit ist natürlich auch die Bonität des Landes stark angeschlagen, wenn es darum geht, weitere Kredite zu erhalten. Das wiederum hat Auswirkungen für die Auslandverschuldung – denn nahezu alle Konsumgüter müssen auf den Seychellen importiert werden. Wie die Seychellen die Krise meistern, ist noch nicht klar. ■



Herausforderungen für südafrikanische Frauen

Der Kampf gegen Diskriminierung

«Kein Krieg auf Frauenkörpern» so lautet das aktuelle Motto südafrikanischer Frauenrechtsaktivistinnen. Sie fürchten, dass im Vorfeld der baldigen Parlamentswahlen sexualisierte Gewalt zur Einschüchterung politischer Gegnerinnen eingesetzt wird. In einer grossen Öffentlichkeitskampagne versuchen sie, dagegen vorzugehen und mahnen alle politischen Entscheidungsträger an, sich auf die Verfassungsgrundlagen zu besinnen. Ein Bericht von Rita Schäfer.

Die Sorge südafrikanischer Frauenrechtsaktivistinnen ist berechtigt, denn Vergewaltigungen zählten nicht nur während der Apartheid zur verbreiteten Strategie, um politische GegnerInnen einzuschüchtern. Obwohl Südafrika in vieler Hinsicht als Vorbild für die Vergangenheitsbewältigung gilt, sind politisch motivierte Vergewaltigungen noch unzureichend aufgearbeitet. Südafrikanische Frauenrechtlerinnen prangern an, dass die Wahrheits- und Versöhnungskommission dazu kein Forum bot. Dieses problematische Erbe ist demnach ein Grund, warum sexualisierte Gewalt unter neuen Vorzeichen ungestraft weiter praktiziert wird.

AWID-Kongress in Kapstadt.
Eine klare Forderung
der teilnehmenden Frauen:
Stoppt die Aggressionen
gegen Frauen!
(Foto: Rita Schäfer)



Besorgt verfolgen Frauenrechtsorganisationen die hohen Gewaltraten, die seit Jahren zumindest teilweise die grosse Verbreitung sexualisierter Gewalt dokumentieren. Allein 2007 wurden über 52 000 Vergewaltigungen aktenkundig, doch selbst die Polizei geht davon aus, dass nur jede neunte Vergewaltigung registriert wird, was sie vorrangig auf die Scham der Opfer und nicht auf institutionelle Hindernisse zurückführt.

Opfer ohne Hilfe

Noch immer sind viele Frauen und Mädchen zurückhaltend, die erlittene Gewalt staatlichen Institutionen zu melden. Sie fürchten, dass sexistisch eingestellte Polizisten und Richter sie beschuldigen, selbst für die Übergriffe verantwortlich zu sein und Vergewaltigungsmythen wie beispielsweise das Tragen «aufreizender» Kleidung dazu nutzen, sie zu stigmatisieren. Davon sind sogar Schülerinnen betroffen, die in Schuluniformen von Lehrern oder Klassenkameraden vergewaltigt werden. Zudem wissen die Vergewaltigten, dass die Aufklärungsrate sehr gering ist und nur eine verschwindend kleine Minderheit der Täter strafrechtlich verfolgt wird. Obwohl Vergewaltigungen offiziell zu den schweren Gewaltverbrechen zählen, werden sie in der alltäglichen Praxis von vielen Polizisten und Justizmitarbeitern bagatellisiert – ein Problem, das keineswegs nur Südafrika betrifft.

Zwar hat die beharrliche Lobbyarbeit der Frauenrechtsorganisationen dazu geführt, dass die gesetzlichen Grundlagen geändert wurden, sie werden jedoch nur unzureichend angewandt. Wenngleich die Umsetzung von Rechtsreformen in der Praxis mühsam und konfliktreich ist, setzen viele Aktivistinnen weiterhin darauf. Zudem arbeiten sie an der Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen. In vielen Bereichen sind sie damit konfrontiert, dass Männer sich durch die neuen weitreichenden Frauenrechte verunsichert fühlen und diese als bedrohlich wahrnehmen. Hier zeigt sich, dass – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – sowohl die Frauenorganisationen als auch die Regierung es versäumt haben, gezielte Programme zum Einstellungswandel der männlichen Bevölkerung durchzuführen.

Zuma-Prozess als Rückschlag

Seit dem Freispruch im Vergewaltigungsprozess gegen ANC-Chef Jacob Zuma im Mai 2006 hat sich die Problemlage zusätzlich verschärft. Zuma, der jahrelang die nationale AIDS-Kommission geleitet hatte, gab unverhohlen zu, ungeschützt mit einer HIV-positiven Frau geschlafen zu haben. Gleichzeitig bestritt er den Vergewaltigungsvorwurf. Ein weisser Richter sprach ihn in einem vielfach kritisierten Verfahren frei und führte zur Urteilsbegründung an, dass Zuma traditionsbewusst als Zulu-Mann gehandelt habe. Zu Zumas Unterstützern zählten nicht nur junge Zulu-Männer, sondern auch die ANC-Frauenliga, was innerhalb der Frauenbewegung heftige Kontroversen auslöste. Kritikerinnen warfen den parteipolitischen Aktivistinnen vor, Vergewaltigern einen Freibrief auszustellen.

Die Bagatellisierung von erzwungenem und ungeschütztem Geschlechtsverkehr brachte auch die AIDS-Organisationen auf die Barrikaden. Erstmals bildeten Frauen- und AIDS-Organisationen neue Allianzen, um

Frauenrechtsorganisationen

gegen die politische Vereinnahmung von sexualisierter Gewalt zu protestieren. Zuvor hatte die Konkurrenz um die immer spärlicheren Fördergelder internationaler Entwicklungsorganisationen die Bewegungen tief gespalten. Dennoch ist allen Beteiligten klar, dass sie nur durch gezielte Kooperation Veränderungen erreichen können. Schliesslich werden viele Frauen und Mädchen durch Vergewaltigungen mit den HI-Virus infiziert. Ausserdem müssen Frauenorganisationen die Probleme bewältigen, die daraus resultieren, dass ihre eigenen Mitarbeiterinnen in steigendem Masse HIV-positiv sind. Die Konzeption und Umsetzung transparenter organisationsinterner HIV-/AIDS-Strategien bereitet vielen Zusammenschlüssen Probleme.

Auch die Kluft zwischen Frauenorganisationen, die politische Lobbyarbeit leisten, und Frauengruppen an der Basis lähmte jahrelang die südafrikanische Frauenbewegung. Bis heute fühlen sich etliche Basisfrauen von den ranghohen Leiterinnen nationaler Frauenorganisationen und den zahlreichen Parlamentarierinnen im Stich gelassen. Das betrifft insbesondere die Farmerarbeiterinnen und die Hausangestellten, die den noch immer tief verankerten Rassismus besonders deutlich spüren.

Hoffnung auf einen neuen Dialog

Trotz dieser vielschichtigen Schwierigkeiten sind etliche Aktivistinnen nun in einen neuen Dialog getreten. Eine Chance dazu bot das Forum des internationalen Frauenrechtsnetzwerkes «Association for Women's Rights in Development» (AWID), das im November 2008 in Kapstadt organisiert wurde. Daran nahmen über 2200 Frauenrechtsaktivistinnen aus allen Kontinenten teil, um über aktuelle Probleme und Bewältigungsstrategien zu diskutieren. Allein aus Südafrika kamen über 200 Vertreterinnen von Frauenorganisationen.

Für viele Anwesende war es das erste Mal, dass sie an einer internationalen Konferenz teilnehmen und Mitstreiterinnen aus anderen Teilen des Kontinents sowie aus anderen Regionen der Welt treffen konnten. Innerafrikanische oder gar internationale Kontakte waren vom Apartheid-Regime systematisch vereitelt worden und auch in den Jahren nach der politischen Wende zählte transnationale Vernetzungsarbeit nicht zu den Prioritäten, für die südafrikanische Organisationen Entwicklungsgelder erhielten. So hatten dortige Aktivistinnen nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit, von den langjährigen Erfahrungen in den Nachbarländern oder in West- und Ostafrika zu lernen. Um so höher waren nun die Erwartungen an das AWID-Forum.

Diese sehr praxisorientierte Konferenz bot allen Teilnehmerinnen die Gelegenheit, um über zentrale Frauenrechtsprobleme, deren globale Dimensionen und länderspezifische Ausprägungen in Dialog zu treten. Dazu zählten: Geschlechtsspezifische Gewalt, reproduktive Rechte und HIV/AIDS, Familienrechte, Rechte von Homo- und Transsexuellen sowie Land- und Erbrechte. Auch die Einschränkungen der wirtschaftlichen Handlungsspielräume kleinbäuerlicher Produzentinnen durch die internationale Agrar- und Welthandelspolitik wurden kritisch erörtert.

Gegenstrategien werden entwickelt

Dieses Spektrum illustrierte, dass Frauenrechte keineswegs als feministisches Nischenphänomen abqualifiziert werden sollten, sondern eine eminent politische Bedeutung haben. Die AWID-Konferenzplanerinnen unterstrichen diese Relevanz, indem sie einen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit christlichen und islamischen fundamentalistischen Gruppen legten, die mit unterschiedlichen Taktiken Frauen- und Menschenrechte drastisch beschränken. Ihr massiver Bedeutungsgewinn fordert nicht nur in afrikanischen Ländern gezielte und systematische Gegenstrategien. Mit international koordinierten Gegenmassnahmen versuchen die Frauenrechtlerinnen, auch Diktatoren und Kriegsherren in die Schranken zu weisen. Dabei beziehen sie sich auf internationale Abkommen, zu deren Einhaltung die jeweiligen Regierungen sich verpflichtet haben. Vertreterinnen von Frauenrechtsorganisationen aus Zimbabwe und der D.R. Kongo dokumentierten, dass strategisch und systematisch eingesetzte Vergewaltigungen diktatorische Regime und (Nach-)Kriegsgesellschaften strukturell prägen und sie von solchen Gewaltakten besonders bedroht sind. Deshalb widmeten sich einzelne Arbeitsgruppen der dringlichen Frage, wie sie besser geschützt werden können. Vernetzung und internationale Lobbyarbeit gelten als wichtige Schritte, auch wenn letztlich keine Sicherheit gewährleistet werden kann.

Zimbabweerinnen, die in Südafrika Schutz vor den jugendlichen Schlägertrupps und den Vergewaltigern des Mugabe-Regimes suchen, bekommen die Kluft zwischen den Gesetzesgrundlagen und der Rechtspraxis besonders zu spüren. Politiker, Polizei und populistische Medien brandmarkten sie als Illegale, was xenophobe Gewaltakte im Mai 2008, u.a. auch Vergewaltigungen, forcierte. Für sie ist die Solidarität der südafrikanischen Frauenrechtsorganisationen nach wie vor überlebenswichtig. ■

Die Verfasserin dieses Artikels hat sich auf frauenspezifische Belange in den Entwicklungsländern Afrikas spezialisiert. Sie hat am AWID-Kongress in Kapstadt teilgenommen. (www.awid.org/forum08)

Weiterführende Literatur:

- Rita Schäfer: Im Schatten der Apartheid, Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika, zweite aktualisierte Auflage, Lit-Verlag, Münster 2008 (vgl. Buchbesprechung Seite 14).
- Rita Schäfer: Frauen und Kriege in Afrika, Brandes und Apsel-Verlag, Frankfurt a.M. 2008.

Frauen im Schatten der Apartheid

red. Mit dem Ende der Apartheid änderte sich die Ausrichtung der südafrikanischen Frauenrechtsorganisationen: Sie waren bis dahin Teil der Befreiungsbewegung und hatten die besondere Problemlage von Frauen dem Kampf gegen das Apartheid-Regime untergeordnet. Nach der politischen Wende 1994 forderten sie die Verankerung von Frauenrechten in der neuen Verfassung. Nun arbeiten sie mit der ANC-Regierung zusammen, um die Rechtsrealität von Frauen zu verbessern und die grassierende geschlechtsspezifische Gewalt zu reduzieren. «Im Schatten der Apartheid» analysiert, inwieweit Frauenrechtsorganisationen gesellschaftliche Veränderungen in Südafrika mitgestalten. Auf breiter empirischer Basis dokumentiert das Buch die Arbeit von Frauen-Rechtsorganisationen in verschiedenen Landesteilen. In umfassender Weise beleuchtet diese Studie die historischen Hintergründe und kulturellen Legitimationen unterschiedlicher Gewaltformen. So werden körperliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten ergründet. Hierbei werden die komplexen Interdependenzen zwischen sexueller Gewalt und HIV/AIDS aufgezeigt. Als Schlüssel gelten Maskulinitätskonzepte, die sich in Macht über Frauenkörper niederschlagen und mit Race- und Class-Differenzen verbunden sind.

Das Buch eröffnet neue Perspektiven für die Gender-, Gewalt- und Rechtsforschung in Afrika. Das Buch erscheint in erweiterter zweiter Auflage. ■

Rita Schäfer:
Im Schatten der Apartheid – Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika.
Münster/Berlin/Hamburg 2008 (Lit-Verlag)

Kompendium zur Globalisierung
hus. Globalisierung ist in aller Munde. Doch was ist darunter zu verstehen? In dem soeben in zweiter Auflage erschienenen Buch «Tatort Eine Welt» werden in 13 Themenblöcken kompakt aber übersichtlich verschiedene Aspekte der Globalisierung beleuchtet. Dabei wird nicht nur die der Globalisierung innewohnende Ideologie der Grenzenlosigkeit behandelt (die vom Geld bis zum Tourismus reicht), vielmehr wird auch auf die Millenniumsziele, Entwicklungshilfe, Bevölkerungsentwicklung, Nahrung, Gesundheit und andere Stichworte eingegangen, die die globalisierte Welt prägen. Einen grossen Teil nimmt die Umweltfrage ein. Alle Themenblöcke sind in einzelne Teile gegliedert, auf die in prägnanten, meist eine Seite umfassenden Texten nebst Grafiken eingegangen wird. ■

Karl-Albrecht Immel/Klaus Tränkle:
Tatort Eine Welt. Was hat mein Handy mit dem Kongo zu tun?
Wuppertal 2007 (Peter Hammer Verlag)

Ein Afrikaner im Deutschland des Dritten Reichs

bm. 1914 wird der zehnjährige Bayume zusammen mit seinem Vater, einem aus dem Sudan stammenden Askari, in die deutsche Schutztruppe des damaligen Deutsch-Ostafrika (heute Tansania) rekrutiert. Als Kindersoldat übt er die Funktion eines sogenannten Signalschülers aus, die als Meldeläufer oft mitten im Kriegsgeschehen stehen. Nach einer Verletzung gerät der Junge in englische Kriegsgefangenschaft. 1925 heuert er als Kellner auf einem deutschen Schiff an und gelangt 1929, mitten in der Weltwirtschaftskrise, nach Deutschland. Elf Jahre nach Kriegsende verlangt Bayume Mohamed Hussein von der deutschen Regierung die Auszahlung ausstehender Löhne und reist deshalb nach Berlin. In der Folge verdient er sein Leben als Kellner im berühmten Kempinski in Berlin, wo er seine deutsche Frau kennenlernt und heiratet. Er ar-

beitet unter anderem als Suaheli-Lehrer am Seminar für Orientalische Sprachen der Universität Berlin, dem Zentrum der Afrikanistik. Immer wieder hat er – in Askari-Uniform – Auftritte an neokolonialen Anlässen und spielt in über zwanzig Filmen mit. Das Leben der binationalen Familie wird unter der Naziherrschaft jedoch immer beschwerlicher und 1941 wird er wegen Rassenschande denunziert und ohne Verurteilung nach Sachsenhausen überwiesen, wo er drei Jahre später stirbt.

Ein lesenswertes Buch, das sich der bisher wenig beachteten Geschichte der nicht wenigen Afrikaner annimmt, die aus den ehemals deutschen Kolonien nach Deutschland kamen. Neben der Kolonialgeschichte leistet es einen verdankenswerten Beitrag an die zeitgenössische Erinnerungsgeschichte, denn die schwarzen und afrikanischen

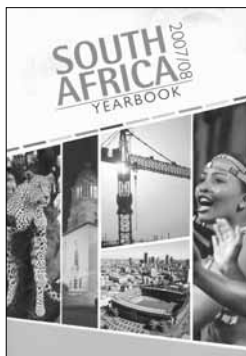
Opfer des Nationalsozialismus wurden bisher vergessen. ■

Marianne Bechhaus-Gerst:
Treu bis in den Tod, Von Deutsch-Ostafrika nach Sachsenhausen – Eine Lebensgeschichte.
Berlin 2007 (Ch. Links Verlag)

Südafrika: Facts & Figures

hus. Das neue Handbuch «South Africa Yearbook 2007/2008» ist erschienen. Wie seine Vorgänger zeichnet es sich durch eine Dichte an Fakten und statistischen Materialien aus. Bei welchen Bodenschätzen weist Südafrika die weltweit grössten Reserven aus? Es sind u.a. Chrom, Gold, Platin, Vanadium und weitere. Welche Haltung hat Südafrika zur Sahara-Frage? Südafrika betrachtet die Besetzung der Sahara durch Marokko als illegal und unterstützt die Sahara-Republik mit humanitärer Hilfe. Wie viele Motorfahrzeuge gibt es? Ende 2006 waren 8 544 902 Fahrzeuge registriert, dies ist eine Zunahme um 573 715 (7,2 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Das Jahrbuch ist eine wahre Fundgrube! ■

South Africa Yearbook 2007/2008.
Pretoria 2008



Neu auf dem Büchertisch

Susan Arndt/Antje Hornscheidt:
**Afrika und
die deutsche Sprache**

Das Buch will ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Rassismus und Sprache eng miteinander verknüpft sind. Viele heute gebräuchliche Begriffe haben eine kolonialistisch geprägte, rassistisch wirkende Bedeutungsgeschichte, die auch heute noch zum Ausdruck kommt. Sensibilisiert wieder einmal den Umgang mit Sprache. ■

Unrast 2004

**Reimer Gronemeyer/
Matthias Rompel:**
**Verborgenes Afrika,
Alltag jenseits von Klischees**

Für einmal nicht Afrika, der hungernde und von Katastrophen heimgesuchte Kontinent, Hungerbüche, Kindersoldaten, verdorrte Felder, neureiche Eliten, die sich die Taschen voll stopfen oder aber die grandiose Natur als traumhafte Kulisse für Abenteurer. Vielmehr: selbstbewusste Menschen, die sich auf ihre eigene Stärke berufen. ■

Brandes & Apsel 2008

**Thomas Morlang, Askari
und Fitafita:**
**«Farbige» Söldner in den
deutschen Kolonien**

Gelobt, gehasst, vergessen – fremde Soldaten in den deutschen Kolonialtruppen. Der Historiker rekonstruiert erstmals die weitgehend in Vergessenheit geratene Geschichte «farbiger» Söldner in den deutschen Kolonien. ■

Ch. Links 2008

Daniela Duff:
**Abenteuer Europa oder
Die Suche nach dem besseren
Leben**

Minderjährige Asylsuchende allein in Europa? Woher kommen sie? Warum sind sie hier und was erhoffen sie sich von ihrer Zukunft? ■

Books on Demand 2008

Neue CD



Bonga / Bairro

Bonga kann wohl als einer der bekanntesten und seit Jahren aktivsten Sänger und Musiker Angolas bezeichnet werden. Mit seiner Musik und seinen Gesängen kämpfte er an vorderster Stelle aus dem Exil in Paris gegen die Kolonialmacht Portugal und für ein unabhängiges Angola.

Seine rauchige, sehr individuelle Stimme ist das unüberhörbare Markenzeichen von Bonga. Seine Musik zehrt aus dem grossen Reichtum der angolanischen Musikgeschichte. Hauptsächlich wird Bongas Musik von der Semba bestimmt. Die Vorläuferin der brasilianischen Samba. Mit verschiedenen Musikern in den verschiedensten Formationen machte Bonga in seiner langjährigen Karriere eine grosse Anzahl Musik-Alben. Auf den einen spielen eher kleinere Formationen. So auch auf der aktuellen CD «Bairro». Auf andern Produktionen, so etwa auf «Mulemba Xangola», schöpft er aus dem Vollen.

Seine erste Platte «Angola 72» gilt bis heute als ein Meisterwerk antikolonialer und engagierter Musik. Heute, 36 Jahre später, singt Bonga immer noch ungebrochen. Seine traurige, melancholische Semba-Stimme kämpft immer noch gegen Ungerechtigkeit, singt über die Tragik des angolanischen Bürgerkrieges, gegen Korruption und nie enden wollendes Unrecht.

Bonga der Freiheitskämpfer, der begnadete Fussballer und nun seit Jahrzehnten der grosse Sänger, der Hüter und Förderer der angolanischen Geschichte und Kultur.

«Angola 72» wurde damals im Angola der Kolonialisten verboten. Der Besitz der Platte war strafbar. 1975 wurde Angola unabhängig. Bonga kehrte zurück. Er wird enttäuscht. Seit dieser Zeit bewegt sich Bonga zwischen verschiedenen europäischen Ländern, produziert regelmässig Alben und geht auf Tournee.

Wenn man sich durch Bongas Werk hört, findet man praktisch kein abfallendes Stück. Ihm gelingt es immer wieder, engagierte Songs und nachdenkliche Stücke mit viel Lebensfreude zu durchströmen. Trauer und Fröhlichkeit gehen ineinander über. Neben Gitarren, Bass, Schlagzeug und Akkordeon gibt es bei Bongas Musik auch immer wieder traditionelle Instrumente zu hören. Und dazwischen glänzt der Sänger manchmal mit gekonnten Mundharmonika-Einlagen. Neben der Semba-Melancholie, oft begleitet von schönen Chorstimmen, wird es immer wieder mal ganz lüftig.

Schön, dass bis heute Bonga der tiefen angolanischen Musiktradition treu geblieben ist und sie angenehm modernisiert hat. Angola brachte eine grosse Anzahl hervorragender Musiker hervor. Leider verschwanden und verstummten die meisten wieder. Das Exil, der Bürgerkrieg und die Armut raubten ihnen vielfach die Existenz. ■

Bonga. Bairro. 14 Tracks. Etwa 50 Minuten Spielzeit. 2008. Lusafrica.
Bonga. Maiorais. 2005. Lusafrica.
Bonga. Angola 72. Als CD 1997 wieder veröffentlicht. Lusafrica.

Die Besprechung verfasste Pius Frey.
Bezugsadresse für CD:
Buchhandlung Comedia,
Katharinengasse 20,
9004 St. Gallen.
medien@comedia-sg.ch.
www.comedia-sg.ch, mit
umfassendem
Angebot aktueller CDs mit
Musik aus Afrika.

Ruth Weiss zu Gast in Basel: Erinnerungen einer einzigartigen Zeitzeugin



Am 21. Januar 2009 las auf Einladung des Afrika-Komitees im Kleinen Literaturhaus in Basel die Schriftstellerin Ruth Weiss aus zwei ihrer jüngeren Publikationen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto «Vom Holocaust bis Apartheid. Eine Reise in Vergangenheit und Gegenwart».

red. Die Journalistin und Schriftstellerin Ruth Weiss, 1924 in einer jüdischen Familie in Fürth geboren, emigrierte 1936 mit ihrer Familie nach Südafrika, wo sie bis 1966 lebte, ehe sie als Bürochefin einer südafrikanischen Zeitung nach Südrhodesien gesandt wurde. Vom weissen Minderheitsregime ausgewiesen, arbeitete sie danach in England, Sambia, Deutschland sowie in Zimbabwe. Ruth Weiss lebt heute in Deutschland und schreibt Romane, die oft auf einem Erfahrungshintergrund aus ihrer Zeit im südlichen Afrika beruhen.

An der Lesung, die vor mehr als zwei Dutzend Personen stattfand, las Ruth Weiss aus ihren beiden Publikationen «Meine Schwester Sara» (dtv, Roman, 2002) und «Memorys Tagebuch» (trafo, 2009). Das Faszinierende an Ruth Weiss ist ihre grossartige Begabung, individuelle Sachverhalte und Entwicklungen auf Romanebene abzubilden und geschickt in einen grösseren geschichtlichen und politischen Zusammenhang zu stellen. Sie kann dabei auf den Erfahrungen eines jahrzehntelangen Berufslebens aufbauen, in dem sie durch einen investigativen Journalismus zahllose Kenntnisse erhielt, die sie nun in ihre Romane einbaut. Ruth Weiss hat in ihrem turbulenten Leben sehr viel erlebt. Gut, dass sie es in diesen Romanen verkleidet einer grösseren Leserschaft zugänglich macht.

Ein Dank geht an dieser Stelle auch an Matthias Jenny, der das Kleine Literaturhaus betreibt. Vielleicht findet die eine oder der andere Leser den Weg zu seiner «Bachletten Buchhandlung» an der Bachlettenstrasse 7 in Basel. ■

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 132: Afrikanische Diaspora
- Afrika-Bulletin 131: Die Schweiz und die Sklaverei
- Afrika-Bulletin 130: Zukunft Biodiesel?
- Afrika-Bulletin 129: Kampf um Rohstoffe
- Afrika-Bulletin 128: Wasser als Schicksalsfrage
- Afrika-Bulletin 127: Zimbabwe – Mugabe muss weg!
- Afrika-Bulletin 126: Weltsozialforum Nairobi 2007
- Afrika-Bulletin 125: Indigene im südlichen Afrika
- Afrika-Bulletin 124: Westsahara – Kapitulation des Völkerrechts?

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 25.–/Euro 20.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 35.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2007
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort

Afrika an der Universität Basel

Am 16. Februar 2009 wird das Kompetenzzentrum Afrika der Universität Basel gestartet.

red. Als Forschungsnetzwerk dient das Zentrum der Koordination und Förderung der Afrikaforschung an der Universität Basel. Seine Gründung geht auf eine Initiative des Zentrums für Afrikastudien Basel zurück. Mitglieder des Kompetenzzentrums Afrika können wissenschaftlich tätige Personen bzw. Forschungsgruppen der Universität Basel sowie assoziierter Institutionen sein. ■

Weiterführende Informationen: www.africa.unibas.ch